



Zurück auf Anfang Nachhaltige Lieferketten

48 Farben Kosmetik aus Berlin

Vereinte Kräfte Interview mit Maren Barthel

Partizipation 3.0 Ein Eigenprojekt



UND GRETEL

Naturkosmetik aus Berlin

Hexen musste sie nicht überlisten, als sie das Naturkosmetiklabel UND GRETEL gründete. Doch Geduld für den richtigen Weg zum Ziel, die brauchte Christina Roth durchaus. „Die Idee, nachhaltige dekorative Kosmetik zu entwickeln, entstand schon vor 15 Jahren“, erzählt die Gründerin und Geschäftsführerin, „doch lange hatte ich nicht den richtigen Partner, es in die Tat umzusetzen.“ Dann traf sie ihre Nachbarin Stephanie Dettmann, die von den Plänen für ein Naturkosmetiklabel begeistert war. Nach langen Gesprächen über Ideen und Möglichkeiten sagte Roth: „Ich glaube, ich brauche jemanden wie dich.“ Mit 11 Produkten und insgesamt 48 Farben ist UND GRETEL dann 2015 gestartet, 2016 wird die Produktpalette erstmals um eine Make-up Tasche erweitert. „Wir führen sehr bewusst ein reduziertes Sortiment und bringen daher nicht ständig neue Produkte auf den Markt, auch als Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft“, so Roth, „außerdem bedeutet natürlich jedes neue Produkt immer einen erhöhten Ressourcenverbrauch. Unser Grundkonzept ist es, verantwortungsvoll mit der Umwelt umzugehen.“

Die Rezepturen werden gemeinsam mit europäischen Herstellern entwickelt. Denn Roth hat viele Jahre als Make-up Artistin gearbeitet und weiß genau, worauf es bei Wimperntusche, Lippenstift & Co. ankommt. „Bei Naturkosmetikprodukten hatte ich in dieser Zeit das Problem, dass sie nicht auf der Haut hafteten und die Farben ungeeignet für den professionellen Gebrauch waren. Wollte ich hingegen konventionelle Produkte benutzen, musste ich Mineralöl und Parabene in Kauf nehmen.“ In den Produkten von UND GRETEL stecken nun zahlreiche wohlschmeckende Inhaltsstoffe wie Muskatellersalbei, Kamillenblütenextrakt oder Hagebuttenkernöl. Aber auch auf kontroversere Inhaltsstoffe kann das Label nicht ganz verzichten, so Palmöl. „Wir verwenden in sehr geringen Mengen Palmölderivate. Dabei achten wir darauf, dass das hierfür verwendete Palmöl von Herstellern stammt, die Mitglied beim Roundtable of Sustainable Palm Oil-Programm sind oder ein Zertifikat für ökologischen Landbau von Ecocert haben.“ Belohnt wurde das Engagement von UND GRETEL für ökologisch nachhaltige und ethisch korrekte Produkte mit einem BDIH-Siegel für kontrollierte Naturkosmetik.

Auch wenn sie keine Hexen überlisten mussten, ist das Märchen von Hänsel und Gretel nicht nur Namensgeber, sondern auch Wegweiser für die Kosmetik von Christina Roth und Stephanie Dettmann. „Es geht in dieser Geschichte um Intuition und Intellekt“, sagt Roth, „Eigenschaften, die es in der Regel auch braucht, um sich für ein passendes und nachhaltiges Produkt zu entscheiden.“

Christiane Weihe

christina.roth@undgretel.com

www.undgretel.com



8

Weit verzweigt

Mehr Verantwortung für Lieferketten

Eine richtige Mahlzeit

Vegetarisches Essen in Kantinen
Eine Kolumne von Dr. Jenny Teufel



18



12

Erfolgsfaktoren

Initiativen für mehr Nachhaltigkeit

IM FOKUS: NACHHALTIGE LIEFERKETTEN

2 UND GRETEL

Naturkosmetik aus Berlin

8 Nachhaltige Lieferketten

9 Thesen für mehr Verantwortung

12 Im Initiativendschudel

Welche Ansätze sind wirklich sinnvoll?

14 „Die Kraft der Vielen ist nicht zu unterschätzen“

Im Interview: Maren Barthel (Otto Group)

15 Porträts

Dr. Nele Kampffmeyer (Öko-Institut),
Tadesse Amara Sahilu (PAN-Ethiopia) und
Johanna Kusch (Germanwatch)

ARBEIT

6 Von Partizipation bis zum Oberleitungs-LKW

Aktuelle Projekte, neue Ideen

16 Von nachhaltiger IKT bis zum Heizkraftwerk

Kurze Rückblicke, abgeschlossene Studien

PERSPEKTIVE

18 Eine richtige Mahlzeit

Vegetarisches Essen in Kantinen

EINBLICK

19 Vom Jubiläum bis zur Website

Neuigkeiten aus dem Öko-Institut

VORSCHAU

20 Lärm

Auswirkungen und Schutz

Standards und Regeln



Michael Sailer
Sprecher der
Geschäftsführung
des Öko-Instituts
m.sailer@oeko.de

„Zurück auf Anfang“ heißt es in unseren Projekten häufig, wenn wir die Umweltauswirkungen von Produkten, Prozessen oder Dienstleistungen analysieren. Es gibt bereits zahlreiche Bemühungen, mehr Umweltschutz und Fairness in der Produktionskette zu berücksichtigen – angefangen bei einzelnen Unternehmen, die sich engagieren, bis hin zu ganzen Brancheninitiativen. Ihre Motivation: Entweder ist den Unternehmen verantwortliches Wirtschaften aus ihrem eigenen Werteverständnis wichtig oder weil sie es als Zusatzversprechen für ihre Käufer erkennen. Wie es da in der Breite aussieht, analysieren wir unter anderem im eigenfinanzierten Projekt zu nachhaltigen Lieferketten, das wir Ihnen in diesem Heft vorstellen. Doch unabhängig von allem freiwilligen Engagement gehen wir am Öko-Institut davon aus, dass es gesetzliche verbindliche Regelwerke für Sozial- und Umweltstandards braucht.

Das vorliegende Heft widmet sich der „Von der Wiege bis zur Bahre“-Thematik ausführlich und wirft einen Blick auf die aktuelle Situation und Herausforderungen für Unternehmen, die in ihrer Lieferkette „alles richtig“ oder zumindest vieles besser machen wollen. Wir zeigen Lösungsansätze auf für mehr Nachhaltigkeit in allen Stufen von der Materialbereitstellung bis zur Entsorgung. Auch unsere Partner aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft kommen zu Wort und berichten über ihre Erfahrungen in den verschiedenen Etappen der Produktion.

Ganz besonders möchte ich Sie an dieser Stelle auch auf unser Spendenprojekt aufmerksam machen, das den wichtigen Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Menschenrechten analysieren will. Mit Ihrer Spende wollen wir untersuchen, was an den Vorwürfe an deutsche Unternehmen dran ist, sie seien als Käufer, Lieferanten oder Entsorger Mitverursacher von Umweltschäden, die die Menschenrechte von Arbeitern und Anwohnern verletzen. Auf dieser Grundlage werden wir dann Anforderungen an die Politik und Wirtschaft formulieren. Weitere Informationen dazu finden Sie auf Seite 19 – für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen im Voraus sehr herzlich.

Eine anregende Lektüre der *eco@work*, schöne Weihnachtsfeiertage und einen erholsamen Jahresausklang wünscht Ihnen

Weitere Informationen zu unseren Themen finden Sie im Internet unter www.oeko.de/epaper



eco@work – Dezember 2016 – ISSN 1863-2009 – Herausgeber: Öko-Institut e.V.

Redaktion: Mandy Schoßig (mas), Christiane Weihe (cw) – Verantwortlich: Michael Sailer

Weitere Autoren: Alexa Hännicke (alh), Michael Sailer, Jürgen Sutter, Dr. Jenny Teufel

Druckauflage: 2.800; digitale Verbreitung: rund 7.000 Abonnenten – Im Internet verfügbar unter: www.oeko.de/epaper

Die Redaktion der *eco@work* verwendet die maskuline Form von Begriffen wie „Wissenschaftler“ oder „Verbraucher“, bezieht sich aber immer auf beide Geschlechter. Wir wollen so den Lesefluss erleichtern und bitten um Verständnis für diese Verkürzung.

Gestaltung/Layout: Tobias Binnig, www.gestalter.de – Technische Umsetzung: Markus Wertz – Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier
Redaktionsanschrift: Schicklerstr. 5-7, 10179 Berlin, Tel.: 030/4050 85-0, Fax: 030/4050 85-388, redaktion@oeko.de, www.oeko.de

Bankverbindung für Spenden:

GLS Bank, BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 792 200 990 0, IBAN: DE50 4306 0967 7922 0099 00, BIC: GENODEM1GLS

Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Bildnachweis: Titel: © Sasint - Fotolia.com; S.2/3 © Vladyslav Bashutskyy - Fotolia.com; S.4 oben links © Destinyvp - Fotolia.com, oben rechts © mangostock - Fotolia.com; S.6 © siraphol - Fotolia.com; S.7 © Scania CV AB, Siemens AG; S.8/9 © thauwald-pictures - Fotolia.com; S.11 © Paul Hill - Fotolia.com; S.12 © stockWERK - Fotolia.com; S. 14 oben: © xy - Fotolia.com, unten: © Otto Group, S. 15 Mitte: © PAN-Ethiopia, rechts: © Germanwatch - Tina Linster; S.16 © Stockfotos-MG - Fotolia.com; S.17 © Petair - Fotolia.com; S.18 © Kzenon - Fotolia.com; andere © Privat oder © Öko-Institut, Ilja C. Hendel



Partizipation 3.0

Wie können Bürger und Verbände in Projekte eingebunden werden? Welche Beteiligungsmaßnahmen sind wirklich wirksam? Wie lassen sich Konflikte lösen – oder zumindest: angemessen besprechen? Bürgerbeteiligung bzw. Partizipation ist ein umfassendes Anwendungs- und Forschungsfeld. Das Öko-Institut verfügt über viel Erfahrung darin – etwa mit Blick auf die Endlagersuche oder in Zusammenhang mit Infrastrukturvorhaben. „Unsere Wissenschaftler haben dabei zahlreiche unterschiedliche Aufgaben übernommen, von der Datenauswertung bis zur aktiven Gestaltung von Beteiligungsformaten“, sagt Angelika Spieth-Achtnich, Senior Researcher im Institutsbereich Nukleartechnik & Anlagensicherheit, „Beteiligungsfragen begleiten uns in sehr unterschiedlichen Projekten, sei es bei der Gestaltung von Partizipationsprozessen rund um die Erweiterung des Flughafens in Frankfurt oder bei der praktischen Umsetzung etwa als Dialoggestalter im Rahmen des Planungsprozesses eines Pumpspeicherkraftwerks.“

Im bereichsübergreifenden Eigenmittelprojekt „Partizipation 3.0“ bündelt das Öko-Institut diese Erfahrung nun. „Wir tragen die Expertise aller Kolleginnen und Kollegen zusammen und regen damit auch einen Austausch zwischen ihnen an. Ziel ist es, eine Positionsbestimmung des Öko-Instituts herbeizuführen“, erklärt Spieth-Achtnich. In diesem sollen die Methoden, Möglichkeiten und Grenzen sowie unterschiedliche Beteiligungsmethoden aufgezeigt und Partizipationsmindestanforderungen für die Projektentwicklung definiert werden. Darüber hinaus sollen bestehende Methoden weiterentwickelt werden. „Wir verfügen über einen sehr breiten Erfahrungsschatz und eine große Expertise beim Thema Partizipation“, sagt die Wissenschaftlerin, „nun wollen wir uns verstärkt in die wissenschaftliche Diskussion einbringen – etwa über Publikationen, die im Rahmen des Projektes entstehen werden.“

cw

Wirtschaftswachstum vs. Klimafolgen

Die dynamischste Region der Welt liegt in Südostasien: Das Wirtschaftswachstum der zehn ASEAN-Staaten (Association of Southeast Asian Nations), darunter Thailand, Indonesien und Malaysia, ist enorm – ebenso wie die stetig steigende Energienachfrage. Sie hat sich zwischen 2000 und 2011 fast verdoppelt. Wie lässt sich diese Entwicklung aufhalten? Im aktuellen Projekt „Advancing and Measuring Sustainable Consumption and Production (SCP) for a Low-Carbon Economy in Middle-Income and Newly Industrialized Countries in South-East Asia“ (Advance SCP) beraten die Wissenschaftler des Öko-Instituts die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in genau dieser Frage. „Wir haben uns bereits in einem Vorgängerprojekt damit befasst, wie Produktion und Konsum in Südostasien nachhaltiger werden können, doch es gibt immer noch Verbesserungsbedarf, etwa bei der öffentlichen Beschaffung“, so Projektleiter Siddharth Prakash, „deshalb widmet sich die GIZ nun Möglichkeiten, die politischen Rahmenbedingungen zu verbessern.“

Bis Juni 2018 unterstützt das Projektteam die GIZ in zehn Arbeitspaketen bei dieser Aufgabe. „Wir unterstützen zum Beispiel die Vertreter vor Ort bei der Entwicklung und Implementierung von Nachhaltigkeitskriterien für Umweltzeichen und eine nachhaltige öffentliche Beschaffung“, sagt Prakash, „darüber hinaus instrumentieren wir unter anderem innovative Konzepte und Instrumente anderer Länder und entwickeln Handlungsempfehlungen, wie sich diese in Südostasien adaptieren lassen.“

cw

Wirksame Marktüberwachung für umweltbewusste Verbraucher

Umweltzeichen wie der Blauer Engel dienen dem Verbraucher bei umweltbewussten Kaufentscheidungen. Doch nur eine wirksame Marktüberwachung kann sicherstellen, dass die Produkte die Umweltaforderungen des Zeichens erfüllen. Was aber zeichnet eine effektive Marktüberwachung aus? Und was kann der Blaue Engel dabei von anderen Umwelt- und Nachhaltigkeitszeichen wie dem FSC oder dem Nordic Swan lernen? Im Auftrag des Umwelt-

bundesamts erarbeitet das Öko-Institut unter der Leitung von Dr. Corinna Fischer zusammen mit dem TÜV Nord Antworten auf diese Fragen. Das Ziel: Ein Konzept zur Marktüberwachung für den Blauen Engel zu entwickeln und an Produktgruppen wie etwa Farben und Lacken, Recyclingpapier oder Druckern zu erproben. Das Projektteam stellt voraussichtlich im Herbst 2019 die Ergebnisse einem Fachpublikum vor.

alh

Zukunft Oberleitungs-LKW?

Wer kennt sie nicht aus alten Filmen? Oberleitungs- oder O-Busse gehörten in den 1950er und 60er Jahren zum Straßenbild vieler Städte. Danach wurden sie vor allem in Westeuropa eingestellt. Welche Zukunft der elektrische Antrieb nicht für Busse, sondern für LKW hat, untersucht das aktuelle Projekt „Bewertung und Einführungsstrategien für oberleitungsgebundene schwere Nutzfahrzeuge“. Denn noch ist der Straßengüterfernverkehr von Dieselfahrzeugen dominiert. Doch damit

der Verkehr insgesamt zum Klimaschutz beitragen kann, muss auch der Güterverkehr effizienter und klimafreundlicher gestaltet werden. Das Projektteam rund um Moritz Mottschall untersucht bis Ende 2018, welche Potenziale Oberleitungs-LKW hinsichtlich Emissionseinsparungen haben. Zugleich schauen die Experten auf Kosten, Ressourcen, technische Machbarkeit sowie Szenarien für die Markteinführung bis zum Jahr 2050.

mas



Blick in die Zukunft: Effiziente Nutzung von Biomasse

Eine wichtige Rolle in der Energiewende spielt die Biomasse. Sie kann im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor genutzt werden und durch Kombination mit anderen erneuerbaren Energien Schwankungen in der Stromeinspeisung ausgleichen. Allerdings ist das verfügbare Angebot an heimischer Biomasse begrenzt. Bei importierter Biomasse besteht das Risiko, dass der Anbau mit Umwelt- und sozialen Risiken in den Herkunftsländern verbunden ist. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erforscht das Öko-Institut, wie Bioenergie künftig kostengünstig und energieeffizient genutzt werden kann. Dazu analysieren die Wissenschaftler die Rolle der Biomasse im Strom- und Wärmemarkt in Deutschland im Zeitraum von 2020 bis 2050 und berücksichtigen dabei die Entwicklung von Heizungssystemen und Wärmeschutzstandards in Gebäuden. „Ist es ökonomisch vorteilhafter, in Wärmeschutzmaßnahmen zu investieren, um den Wärmebedarf und damit auch den Brennstoffeinsatz zu reduzieren oder werden die Klimaschutzziele ökonomisch effizienter durch den verstärkten Einsatz von erneuerbarer Wärme wie Biomasse erreicht?“ formuliert Dr. Matthias Koch, Projektleiter und Wissenschaftler am Öko-Institut, eine wesentliche Forschungsfrage. Diese und weitere Fragen werden in insgesamt vier Arbeitspaketen interdisziplinär bearbeitet und voraussichtlich Ende 2017 verantwortlichen Akteuren in Politik und Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

alh



Nachhaltige Lieferketten

9 Thesen für mehr Verantwortung

Spätestens als 2013 in Bangladesch der Rana Plaza-Komplex einstürzte und 1.138 Menschen ihr Leben verloren, rückte eine wichtige Frage auch ins deutsche Bewusstsein: Woher kommt eigentlich das T-Shirt, das ich gerade trage? Wer hat den Stoff zugeschnitten, die Nähte versäumt – und vor allem: unter welchen Bedingungen? Denn zahlreiche westliche Unternehmen ließen dort Kleider nähen, trotz offensichtlich unzureichender Sicherheitsstandards. Für den einzelnen Konsumenten ist es schwer, die weit verzweigten Lieferketten nachzuvollziehen, das „Made in...“-Schild im T-Shirt gibt nur eine grobe Orientierung. Aber auch für Unternehmen ist der Weg zur nachhaltigen Produktion oftmals hochkomplex und steinig. Das Öko-Institut setzt sich für nachhaltige Lieferketten ein und hat neun Thesen formuliert, die mehr Verantwortung einfordern. Sie nehmen dabei Unternehmen in die Pflicht, aber auch die Politik, die sich für angemessene Rahmenbedingungen engagieren, Maßstäbe setzen und ihre Einhaltung prüfen muss.



„Die neun Thesen sind nach dem Forschungsprojekt IMPACT entstanden, in dem wir im Auftrag der EU-Kommission die Wirksamkeit von Aktivitäten im Rahmen der Corporate Social Responsibility, kurz CSR, untersucht haben“, erklärt Christoph Brunn vom Öko-Institut. IMPACT zeigte: CSR-Aktivitäten haben einen erkennbaren, aber nur leicht positiven Effekt. „Wir haben außerdem gesehen: Freiwilligkeit reicht nicht aus, wir brauchen politische Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit im unternehmerischen Handeln“, sagt der Experte aus dem Institutsbereich Umweltrecht & Governance. Im Anschluss an das Projekt formulierten die Wissenschaftler klare Aussagen zu CSR, aus denen neun Thesen hervorgingen, die sich explizit Lieferketten widmen.

Die erste These unterstreicht die Tragweite unternehmerischer Verantwortung:

1 CSR BEDEUTET HEUTE, DIE VERANTWORTUNG FÜR DIE GESELLSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN DES UNTERNEHMENS ZU ÜBERNEHMEN – AUCH ENTLANG DER LIEFERKETTE.

„Das klingt vielleicht banal, ist es aber nicht“, sagt Brunn. „lange galt Unternehmensverantwortung als freiwillige Maßnahmen, die sich nur auf den eigenen Betrieb beziehen. Es geht aber um alle gesellschaftlichen Auswirkungen und damit um die gesamte Lieferkette.“ Und die reicht im Falle des T-Shirts bis zur Anpflanzung der Baumwolle zurück.

Doch nicht jede Station einer Lieferkette birgt die gleichen Probleme:

2 ES GIBT SPEZIFISCHE BRENNPUNKTE GLOBALER LIEFERKETTEN (HIGH-RISK-AREAS) – DIESE MÜSSEN IDENTIFIZIERT WERDEN.

„Am Beispiel Rana Plaza hat sich klar eine High Risk Area der Textilindustrie gezeigt: Nähereien in einem Billiglohmland mit katastrophalen Arbeitsbedingungen und mangelnden Sicherheitsstandards“, so der Experte.

Dass Verbraucher eher jene Produkte kaufen, deren Herstellung sozial und ökologisch verantwortungsvoll erfolgt – daran arbeiten Umweltzeichen wie

der Blaue Engel. In einer „Machbarkeitsstudie zur Integration sozialer Aspekte in das deutsche Umweltzeichen Blaue Engel am Beispiel von Tablet-PCs“ untersuchen die Wissenschaftler des Öko-Instituts derzeit im Auftrag des Umweltbundesamts, ob und wie sich soziale Themen integrieren lassen und wie sich die Einhaltung definierter Kriterien nachweisen lässt. „Bislang sind im Blauen Engel nur in der Produktgruppe Schuhe und Textilien soziale Aspekte integriert“, sagt Tobias Schleicher vom Öko-Institut, „hier müssen die Zeichnehmer gewährleisten, dass in der gesamten Wertschöpfungskette die Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO eingehalten werden.“ Bei den im aktuellen Forschungsvorhaben untersuchten Tablet-PCs sehen die Wissenschaftler vor allem in den folgenden Bereichen soziale Brennpunkte: beim Rohstoffabbau, bei der Elektronikproduktion sowie beim Recycling und der Entsorgung. „Die Arbeiten zeigen, dass es unbedingt notwendig ist, Unternehmen in diesen Bereichen zu verpflichten, ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachzukommen“, erklärt Schleicher, der im Institutsbereich Produkte & Stoffströme tätig ist, „denn für sich allein ist ein freiwilliger Ansatz nicht zielführend, das zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahre.“

Zertifizierungen und Umweltzeichen sind ein wichtiger Schritt für nachhaltigere Lieferketten – und eine bessere Orientierung der Verbraucher. Zusätzlich braucht es die Aufmerksamkeit des Staates:

3 CSR UND REGULIERUNG SIND KEINE ENTWEDER-ODER-OPTIONEN, SONDERN KOMPLEMENTÄR ZU NUTZEN.

„Das Projekt IMPACT hat gezeigt: Freiwillige Maßnahmen gibt es auch dort, wo reguliert wird. Dies schafft sogar Anreize für die Unternehmen, über Verpflichtungen hinaus zu gehen, weil durch die Regulierung relevante Nachhaltigkeitsaspekte ins Bewusstsein gerückt werden“, sagt Brunn, „der Verzicht auf staatliche Eingriffe unter Verweis auf freiwillige Maßnahmen oder Selbstverpflichtungen ist deshalb ein Fehlschluss.“ Staatliche Eingriffe müssten aber auch eine wünschenswerte Wirkung erzielen:

4 AUCH BEI REGULIERUNG MUSS AUF DIE REALE ERREICHUNG POSITIVER IMPACTS GEACHTET WERDEN.

Denn Maßnahmen, die dazu gedacht sind, soziale oder ökologische Verbesserungen zu bringen, können in der Realität auch andere Wirkungen entfalten. „Dies zeigen beispielsweise verschiedene Zertifizierungsansätze für Rohstoffe, die verbesserte Bedingungen bei Kleinproduzenten bewirken wollen, oft jedoch für genau solche Akteure eine zusätzliche Marktzugangshürde darstellen“, so Schleicher. Zudem gilt:

5 DIE FORDERUNG NACH UMFASSENDE TRANSPARENZ GREIFT ZU KURZ UND WIRD DER KOMPLEXITÄT GLOBALER LIEFERKETTEN NICHT GERECHT.

Denn der Wunsch nach einer perfekten Rückverfolgbarkeit aller Materialströme kann schnell ein Übermaß an Bürokratie erzeugen. „Selbst wenn alle Materialien bis auf ihren Ursprung zurückverfolgt werden könnten, wären damit nicht alle Probleme aus der Welt. Es besteht die Gefahr, dass ein Großteil der Mittel in Maßnahmen zur höheren Transparenz gesteckt werden, während die Bekämpfung der Problemursachen auf der Stelle tritt“, erklärt Schleicher. Das verdeutlicht eine Studie zu Konfliktmineralien, die das Öko-Institut für den Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) durchgeführt hat. „Dieses Projekt zeigte, dass die Politikinstrumente über Transparenz alleine hinaus gehen müssen und zum Beispiel beim Thema Konfliktmineralien auch die Förderung von verantwortungsvollem Bergbau eine sehr wichtige Rolle spielt, um die Situation vor Ort wirklich zu verbessern.“

Wie vielschichtig die Frage nach der Etablierung nachhaltiger Lieferketten ist, zeigt auch die sechste These des Öko-Instituts:

6 DIE FRAGE NACH UNTERNEHMERISCHER VERANTWORTUNG UND IHRER REICHWEITE MUSS BEANTWORTET WERDEN – AUCH RECHTLICH.

„Fragen wir nach der Verantwortung für die Lieferkette, ist das bislang eine moralische Verantwortung“, sagt Brunn, „rechtlich ist noch nicht gänzlich ge-

klärt, inwiefern Unternehmen haftbar sind.“ Das zeige unter anderem ein Fall, der derzeit vor dem Landgericht Dortmund verhandelt wird: Vier Pakistans haben das Textilunternehmen KiK wegen des Brandes in einer Fabrik in Karatschi verklagt, sie erhalten dafür Prozesskostenhilfe. „Es ist wichtig zu klären, wie weit die unternehmerische Verantwortung juristisch geht und wo der Staat gefragt ist. Es wird aber dauern, bis das verbindlich geregelt ist“, so Brunn. Ansätze könnten hier die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte liefern, die in Deutschland in einem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte umgesetzt werden sollen, ergänzt Tobias Schleicher: „Sie ruhen auf den drei Säulen Protect, Respect, Remedy, also dem staatlichen Schutz der Menschenrechte, der Respektierung derselben durch Unternehmen sowie Möglichkeiten zur Wiedergutmachung im Falle von Menschenrechtsverletzungen. Der aktuelle Entwurf der Bundesregierung sieht allerdings wieder nur freiwillige Anforderungen für die deutschen Unternehmen vor. Das wäre eine große Enttäuschung und würde die aktuelle Situation kaum verbessern.“ Und bislang gilt:

7 DAS WISSEN ÜBER DIE WIRKUNGEN VON MASSNAHMEN ZUM LIEFERKETTENMANAGEMENT IST OFT SCHWACH AUSGEPRÄGT UND MUSS VERBESSERT WERDEN.

Im Projekt Global Value prüfen die Wissenschaftler des Öko-Instituts noch bis Mitte 2017 die Wirkungen unterschiedlicher Nachhaltigkeitsinstrumente. Sie analysieren in Fallstudien zu den Themen Tee, Gold und Textilien, welchen Einfluss externe Strukturen auf die Bedingungen in rohstofffördernden und produzierenden Ländern haben – so etwa Zertifizierungen und Produktlabels. So untersuchten die Wissenschaftler die Teeproduktion in Tansania anhand von dort für zwei europäische Händler produzierenden Plantagen. „Die Analyse zeigt, dass hier insbesondere internationale Zertifizierungsstandards etwa von Fairtrade oder der Rainforest Alliance einen Einfluss haben. Wie hoch dieser ist, kann wiederum kaum pauschal beantwortet werden“, erklärt Brunn.



Wie nun können nachhaltige Lieferketten etabliert werden, welche Instrumente sind wirksam und reichen die bisherigen Maßnahmen hierfür aus? Das Öko-Institut sagt:

8 FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DES LIEFERKETTENMANAGEMENTS MÜSSEN NEUE ANSÄTZE UNTERSTÜTZT WERDEN.

„Das können Kooperationen zwischen Staaten oder innerhalb von Branchen ebenso sein wie eine verpflichtende, standardisierte Berichterstattung“, sagt Tobias Schleicher. Ergänzend formuliert die neunte These:

9 DABEI IST ENTSCHIEDEND, DASS UNTERNEHMEN POLITISCHE SOWIE TECHNISCHE UNTERSTÜTZUNG BEKOMMEN.

Dazu gehören unter anderem die Definition der High Risk Areas, die besondere Sorgfaltspflichten erfordern, und ein verbessertes Wissen über erfolgreiche Ansätze für ein nachhaltiges Lieferkettenmanagement sowie die bestehenden Hemmnisse. „Nicht alle Aufgaben können einseitig Unternehmen zugeschoben werden. Vieles ist effektiver von staatlicher Seite zu organisieren statt jedes Unternehmen zum Beispiel High Risk Areas selbst identifizieren zu lassen“, erklärt Brunn.

Die beiden Wissenschaftler vom Öko-Institut kennen die Problematik nachhaltiger Lieferketten gut, beide wissen: Es gibt keine einfachen Lösungen, dafür sind globale Lieferketten zu weit ver-

zweigt, die Zusammenhänge mit den jeweils vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Systemen zu groß und die Aufgabenstellungen somit zu komplex. „Beim Thema Lieferketten ist oft schwer zu beantworten, was das genau heißt: die positive Auswirkung einer Maßnahme“, sagt Christoph Brunn, „es gibt zum Beispiel Fälle, bei denen mit den schlechten Arbeitsbedingungen auch gleich die Jobs verschwinden.“ Beide Experten sagen aber auch: Es gibt gute Ansätze. „Dazu gehört zum Beispiel, dass man sich aus Brennpunktgebieten nicht einfach aus der Verantwortung stiehlt, sondern gezielt jene Initiativen unterstützt, die verantwortungsvoll arbeiten“, so Tobias Schleicher, „das kann helfen, einen wirkungsvollen Beitrag dazu zu leisten, dass es den Menschen in den Herkunftsländern wirklich besser geht.“

Christiane Weihe



Christoph Brunn beschäftigt sich am Öko-Institut umfassend mit unternehmerischer Verantwortung. Er entwickelt unter anderem Nachhaltigkeitskriterien für Unternehmen, Produkte und Dienstleistungen. Sein Kollege Tobias Schleicher befasst sich intensiv mit Nachhaltigkeitsfragen entlang des gesamten Lebenswegs von Produkten, vom Rohstoffabbau über Umweltzeichen für besonders nachhaltige Produkte bis hin zum Recycling beispielsweise von Elektroschrott in afrikanischen Ländern.
c.brunn@oeko.de
t.schleicher@oeko.de



Im Initiativendschungel

Welche Ansätze sind wirklich sinnvoll?

Das Steak verspricht: ohne Gentechnik. Die Jeans sagt: Bio-Baumwolle aus zertifiziertem Anbau. Die Kosmetika werben: Für unser Palmöl musste kein Regenwald sterben. Unternehmen verzieren ihre Produkte mit vielfältigen Nachhaltigkeitssiegeln oder -versprechen, kaum eine Branche kommt heute ohne entsprechende Initiativen aus. Doch wie ernst sind diese Initiativen zu nehmen? Welche Ansätze versprechen nachhaltiges Handeln nicht nur, sondern setzen es auch effektiv um? Im Eigenprojekt „Brennpunkt globale Lieferketten: Herausforderungen & Lösungsstrategien“ überprüft das Öko-Institut derzeit etwa 80 Standards und Initiativen aus fünf unterschiedlichen Bereichen, analysiert vielversprechende Ansätze, ihre Mechanismen und Erfolgsfaktoren.

In einem ersten Schritt hat die Wissenschaftlerin Dr. Nele Kampffmeyer zunächst jene Importgüter identifiziert, die für das Industrieland Deutschland die größte Rolle spielen und eine Auswahl der zu analysierenden Branchen und Rohstoffe getroffen. „Sämtliche Bereiche zu betrachten wäre in einem solchen Projekt nicht zu leisten, deshalb konzentriert es sich auf die Mineralöl- und Kohleindustrie, den Abbau von Metallen und Konfliktmineralien, Soja und Baumwolle sowie die Fertigung von Textilien und Informations- und Kommunikationstechnologien“, erklärt

die Betriebswirtin und Sozialwissenschaftlerin, „für diese Themen wurden zunächst die größten Brennpunkte, die so genannten Hot Spots, zusammengetragen, um dann Initiativen zu betrachten, die genau diese Brennpunkte adressieren.“

Bei der Mineralölindustrie gibt es vor allem ökologische Brennpunkte – dazu gehört die Ölförderung in Naturschutzgebieten oder auf hoher See ebenso wie die Verunreinigung ganzer Landstriche. „Aber auch soziale Themen kommen hier zum Tragen, etwa mit

Blick auf die extreme Korruption, die Verteilung der generierten Gewinne oder den Umgang mit Bürgerrechtlern und Umweltschützern.“ Initiativen für mehr Nachhaltigkeit hingegen gibt es kaum: „Auf Druck der UN ist IPIECA entstanden, die International Petroleum Industry Environmental Association. Sie hat bisher aber nur ein paar Arbeitsgruppen gebildet, verbindliche Standards sind noch nicht einmal zu erahnen“, so Kampffmeyer. Ähnlich schwierig sieht die Lage beim Thema Kohle aus. „Hier gibt es Bettercoal, eine ernsthafte Initiative, die aber noch in den

Kinderschuh steckt.“ Dabei bestehen auch beim Kohleabbau schwerwiegende soziale und ökologische Hot Spots, so etwa Gesundheitsschäden sowie Umweltzerstörung durch Kohlestaub in Kolumbien. „Öl und Kohle werden auch mit einem grünen Anstrich als Produkte zur Energieerzeugung aufgrund der CO₂-Emissionen nicht umweltfreundlich und es gibt in der Regel keine direkte Verbindung zum Endverbraucher. Gleichzeitig kann bei unserer gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur kaum jemand vollständig auf die Nutzung fossiler Rohstoffe verzichten. Das sind sicherlich ein paar der Gründe, warum hier nicht mehr passiert“, sagt die Wissenschaftlerin vom Öko-Institut.

Auch der Abbau von Metallerzen und Mineralien hat Konsequenzen für Mensch und Umwelt – so etwa mit Blick auf schlechte Arbeitsbedingungen im Kleinbergbau, die Finanzierung von Konflikten, die Umsiedlung von Menschen zur Erschließung neuer Vorkommen oder auch die Kontamination ganzer Landstriche mit Quecksilber, wie sie im Zusammenhang mit der Goldgewinnung in Peru zu beobachten ist. „Verpflichtende Initiativen sind in diesem Bereich mehr als bei Öl und Kohle zu finden, so zum Beispiel die Mining Association of Canada, die für ihre Mitglieder klare Nachhaltigkeitsstandards setzt und regelmäßige Audits der Minen vorschreibt, oder die London Bullion Market Association, ein wichtiger Handelsplatz für Feingold, der für alle Unternehmen, die ihre Produkte hier handeln wollen, Nachhaltigkeitskriterien etwa mit Blick auf Menschenrechte und die Vermeidung von Konfliktfinanzierung eingeführt hat.“

Blickt man hingegen auf die Sojaproduktion, liegen die Brennpunkte hier in deutlich anderen Feldern: Riesige Plantagen zum Beispiel in Brasilien, Argentinien oder den USA bringen ökologische und soziale Probleme mit sich. Sie resultieren zum Beispiel aus Flächenkonkurrenzen. „Hot Spots gibt es zum Beispiel in Argentinien, wo kleine Landwirte verdrängt oder sogar enteignet werden, sowie in Brasilien, wo Regenwald abgeholzt wird, um neue Anbauflächen zu schaffen“, erklärt Kampffmeyer, „darüber hinaus gibt es auf dem Weltmarkt quasi nur noch genmanipuliertes Soja – ein Produkt, das mit einem massiven

Einsatz von Pestiziden und Herbiziden sowie mit vielen ungeklärten Risiken verbunden ist.“ Für eine verantwortungsbewusste Entwicklung beim Sojaanbau setzt sich etwa der Round Table on Responsible Soy ein, der im Rahmen seines Zertifizierungsverfahrens unter anderem die Themen Pestizide, Biodiversität und Arbeitnehmerrechte behandelt. „Mit Abstand am weitesten in Sachen Initiativen ist allerdings der Textilsektor – siehe etwa die Fair Wear Foundation, Detox oder der Bangladesh Accord. Da ist viel durch öffentlichen Druck entstanden“, so die Wissenschaftlerin, „neben den weithin bekannten sozialen Problemen in den Nähereien liegen die Brennpunkte hier unter anderem beim Chemikalieneinsatz in Färbereien sowie dem Anbau von genmanipulierter Baumwolle, die inzwischen 80 Prozent des Gesamtmarktes ausmacht und ebenso mit einem immensen Pestizid- und Herbizideinsatz verbunden ist.“ Einen besonders interessanten Ansatz sieht Kampffmeyer im so genannten Higg Index, einer umfangreichen Datenbank der Sustainable Apparel Coalition. „Hier können alle Akteure entlang der Lieferkette, so etwa Färbereien, Nähereien oder Transportdienstleister, ihre Nachhaltigkeitsdaten eintragen und sie anderen Unternehmen zugänglich machen.“

WEGWEISER IM INITIATIVENDSCHUNDEL

Nach einer ersten Sichtung und einer strukturierten Erfassung zentraler Variablen von etwa 80 Initiativen – so etwa ihrer Urheber, der beteiligten Akteure, ihrer Mechanismen, Reichweite und Transparenz sowie bereits belegter positiver Auswirkungen – wird Dr. Nele Kampffmeyer bis zu zehn besonders vielversprechende Ansätze auswählen und sie einer detaillierten Stärken-Schwächen-Analyse unterziehen. „Darunter werden die Mining Association of Canada und der Higg Index sein, aber auch übergreifende Initiativen wie die Extractive Industries Transparency Initiative, die sich der Transparenz und dem Kampf gegen Korruption im gesamten rohstoffgewinnenden Sektor widmet, oder die ISEAL Alliance, die Standards für Standards entwickelt und damit zu einer Vereinheitlichung beitra-

gen will. Auch die Business Social Compliance Initiative wird Teil dieser tiefergehenden Analyse sein. Sie arbeitet gegen eine Fragmentierung in zu viele Standards und Initiativen und sammelt zum Beispiel die Audits unterschiedlicher Zulieferer, damit diese nicht mehrfach erfolgen müssen.“

Ziel dieser Arbeit ist es unter anderem, besonders überzeugende und erfolgreiche Ansätze zu ermitteln sowie zu analysieren, worin ihr Erfolg begründet ist und wie sich ihre Erfolgsfaktoren auf andere Branchen übertragen lassen. „Wenn neue Initiativen gestartet werden – so zum Beispiel die European Garment Initiative, die vor Kurzem für den Textilsektor ins Leben gerufen wurde – kann diese Analyse zentrale Probleme ebenso aufzeigen wie erfolgreiche Akteure und sinnvolle Mechanismen.“ Daher soll dieses Wissen unter anderem politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt werden, die Dr. Nele Kampffmeyer deutlich stärker in der Pflicht sieht, in Deutschland und darüber hinaus. „Die Initiativen und Standards bilden die Grundlage, um nachhaltige Lieferketten in der Praxis umzusetzen. Die Politik ist aber dafür verantwortlich, entsprechende soziale und ökologische Anforderungen gesetzlich zu verankern und auch die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass diese eingehalten werden können. Dies würde, bei allen Bedenken seitens der Wirtschaft, auch den Unternehmen helfen, da hierdurch einheitlichere Wettbewerbsbedingungen entstünden.“

Christiane Weihe



*Unternehmerische Nachhaltigkeitsstrategien sowie die Nachhaltigkeit von Lieferketten stehen im Mittelpunkt der Arbeit von Dr. Nele Kampffmeyer. Nach ihrer Promotion war sie unter anderem für das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) tätig. Seit März 2016 forscht die Soziologin im Bereich Umweltrecht & Governance des Öko-Instituts.
n.kampffmeyer@oeko.de*

„Die Kraft der Vielen ist nicht zu unterschätzen“

Gerade war sie noch in Indien: Nur wenige Tage vor dem Interview hat Maren Barthel von der Otto Group dort die Durchführung eines Lieferantenqualifizierungsprogramms für Textilfabriken begleitet. Das Unternehmen lässt Kleidung vor allem in China, Bangladesch, Indien und der Türkei produzieren. Im Gespräch mit *eco@work* berichtet die Managerin Corporate Responsibility von ihren Erfahrungen in den Textilfabriken vor Ort, den Anforderungen der Otto Group an ihre Lieferanten und den Herausforderungen bei der Etablierung nachhaltiger Lieferketten.

Was genau muss man sich unter einem Lieferantenqualifizierungsprogramm vorstellen?

Das ist ein weltweites Programm der Otto Group: Es soll den Fabriken, die schon etwas länger mit uns arbeiten, dabei helfen, Nachhaltigkeit nicht als Einzelaufgabe zu betrachten, sondern sie umfassend in ihre Prozesse zu integrieren. In Indien sind unsere Lieferanten allerdings inzwischen so gut, dass wir weitergehende Programme aufsetzen mussten.

Welche Anforderungen haben Sie an Ihre Lieferanten in punkto Nachhaltigkeit?

Sie orientieren sich im Wesentlichen am Code of Conduct der Business Social Compliance Initiative, kurz BSCI. Darin sind zentrale Anforderungen etwa an Arbeitszeiten, Arbeitsschutz oder auch Umweltschutz festgeschrieben. Darüber hinaus hat die Otto Group einige zusätzliche Anforderungen definiert, so etwa im Bereich Umweltschutz oder Korruption.

Wie kontrollieren Sie, ob diese Anforderungen eingehalten werden?

Jede Fabrik, die für uns produzieren will, muss vor der ersten Auftragsplatzierung zunächst einen so genannten Onboarding-Prozess durchlaufen, eine Art Bestandsaufnahme des Produzenten. Dazu gehört neben einer Qualitätsprüfung auch ein so genanntes Social Audit. Dabei schauen wir uns an, ob die Anforderungen aus dem Code of Conduct der BSCI erfüllt werden. Diese

Audits werden dann in regelmäßigen Abständen wiederholt – bei jenen, die schlechter abschneiden, natürlich früher als bei jenen, die ein gutes Ergebnis erzielt haben.

Überprüfen Sie auch die Vorlieferanten Ihrer Lieferanten?

Nein, das wäre für uns bei einer so verzweigten Lieferkette nicht leistbar. Wir setzen auf einen Kaskadeneffekt: Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie die Anforderungen in ihre eigene Lieferkette hineinragen – und trainieren sie auch entsprechend. Das ist natürlich keine Garantie.

Fragt der Konsument heute mehr nachhaltige Textilien nach?

Es gibt ein stärkeres Bewusstsein und nachhaltige Produkte werden auch verstärkt nachgefragt. Ich habe aber den Eindruck, dass viele Verbraucher nach wie vor nicht bereit sind, für wirklich nachhaltigen Konsum auch mehr zu bezahlen. Zusätzlich wollen sie ständig etwas Neues, was leider auch nicht sehr nachhaltig ist.

Wer kann das Thema Nachhaltigkeit in der Textilindustrie weiter voranbringen?

Dies kann nur mit vereinten Kräften gelingen. Die Regierungen müssen die richtigen Rahmenbedingungen setzen und die Nichtregierungsorganisationen leisten mit ihren fordernden Kampagnen einen Beitrag. Auch die Unternehmen haben durch ihr Engagement schon viel bewegt. Zusätzlich müssten

die Kunden ihr Einkaufsverhalten überdenken und sich neben den Kosten der Kleidung auch bewusst machen, was wirklich dahinter steckt, was Herstellung und Entsorgung für Mensch und Umwelt bedeuten.

Welchen Wert haben Unternehmenskooperationen wie das Bündnis für nachhaltige Textilien?

Einen sehr hohen. Die Kraft der Vielen ist nicht zu unterschätzen: Wenn beispielsweise mehrere Unternehmen einen Lieferanten auf ihre schwarze Liste setzen, weil er Umwelt- oder Sozialstandards verletzt, hat das automatisch eine größere Wirkung. Das Bündnis bietet eine Plattform, um Erfahrungen zu teilen, voneinander zu lernen und gemeinsame Lösungen für soziale und ökologische Verbesserungen in der Textilindustrie zu entwickeln und umzusetzen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Christiane Weihe.



Im Interview mit *eco@work*:
Maren Barthel, Corporate Responsibility
Managerin bei der Otto Group
Maren.Barthel@ottogroup.com



Dr. Nele Kampffmeyer
Wissenschaftlerin am Öko-Institut

Wer 80 unterschiedliche Initiativen und Standards für mehr unternehmerische Nachhaltigkeit sammelt und analysiert, der ist für den allerbesten Konsum gewappnet. Oder? „Je mehr ich mich damit beschäftige, desto schwieriger finde ich es manchmal, die richtigen Entscheidungen zu treffen“, sagt Dr. Nele Kampffmeyer, „das liegt allein schon an der großen Anzahl sozialer und ökologischer Brennpunkte rund um den Globus.“

Am Öko-Institut befasst sich die Betriebswirtin und Sozialwissenschaftlerin unter anderem mit unternehmerischen Nachhaltigkeitsstrategien. Doch allein Anforderungen an ein verantwortungsbewusstes Handeln von Unternehmen und Verbrauchern genügen Kampffmeyer nicht, auch die Politik sei in der Pflicht. Sie müsse Mindeststandards setzen und deren Beachtung überprüfen. „In Deutschland besteht auf jeden Fall noch Raum für mehr staatliches Handeln. Ein erster wichtiger Schritt wäre, die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen zum Beispiel an die Tierhaltung oder die Automobilindustrie auch wirklich zu kontrollieren.“ Nachhaltiges Handeln hat für die Wissenschaftlerin aber auch mit weniger Konsum zu tun. „Verzicht ist nicht immer einfach, das weiß ich aus eigener Erfahrung“, sagt sie, „ein Anfang liegt vielleicht dort, wo unsere Gesellschaft heute übermäßig viel konsumiert – so etwa mit Blick auf Kleidung oder Informations- und Kommunikationstechnologien.“

cw

n.kampffmeyer@oeko.de



Tadesse Amera Sahilu
Direktor der Pesticide Action Nexus
Association (PAN-Ethiopia)

Er sei ein Aktivist, sagt er, jemand, der Menschen zusammenbringt, damit sie gemeinsam an einem Problem arbeiten. Wissenschaftler und Behördenvertreter, Produzenten und Landwirte. Das Problem, von dem Tadesse Amera Sahilu spricht, ist der Einsatz von gefährlichen Pestiziden in Äthiopien. „Die schädlichen Auswirkungen sind vielfältig, etwa auf die Gesundheit der Menschen, die Biodiversität oder auch die Gewässer“, sagt der Direktor der Organisation PAN-Ethiopia, die sich unter anderem für eine nachhaltige Schädlingsbekämpfung einsetzt. Experten unterschiedlicher Fachrichtungen unterstützen zum Beispiel Baumwollfarmer dabei, ohne schädliche Substanzen auszukommen – „bei Baumwolle werden die meisten Pestizide eingesetzt“. „Ein zentrales Problem ist, dass sich viele der Risiken gar nicht bewusst sind. Es gibt keine angemessene Kommunikation, Pestizide werden ohne Hinweise auf mögliche Gefahren verkauft, stehen im Küchenschrank oftmals direkt neben den Lebensmitteln.“

Tadesse Amera Sahilu befasst sich aber nicht nur mit Pestiziden, Nachhaltigkeit ist für ihn auf vielen Ebenen ein wichtiges Thema. „Derzeit unterstützen wir 55 kleine Farmen dabei, eine Genossenschaft für zertifizierte Bio-Baumwolle zu gründen. Wenn das gelingt, könnte diese Kooperative ihre Baumwolle auch auf dem internationalen Markt anbieten“, erzählt der Aktivist. Und zeigt damit einmal mehr, wie wertvoll es ist, Menschen zusammenzubringen.

cw

atadesse2002@yahoo.com



Johanna Kusch
Referentin für Unternehmensverantwortung bei Germanwatch

Sie will an die Drückeberger ran. An jene, die bisher nichts tun, weil es Zeit kostet und Geld. „Die Mehrheit der deutschen Unternehmen bemüht sich leider nicht ausreichend um nachhaltige Lieferketten“, sagt Johanna Kusch, „daher braucht es Rahmenbedingungen, die dafür sorgen, dass sie ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten einhalten.“ Eine gute Grundlage hierfür böten die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die in einem nationalen Aktionsplan verankert werden sollen. „Ein Prozess, der aber schon sehr lange dauert und mit vielen Hürden verbunden ist – so etwa mit Blick auf die Abstimmung zwischen den Ministerien.“

Von den Unternehmen erwartet die Juristin, dass die „alles Zumutbare“ für nachhaltige Lieferketten tun: „Dazu gehören zum Beispiel eine Grundsatzklärung zu nachhaltigem Handeln, die für alle Bereiche bindend ist, sowie eine Analyse der Risiken, die beim Thema Menschenrechte entstehen können.“ Aber auch der Staat müsse aktiv werden. „Es braucht gesetzliche Vorgaben etwa mit Blick auf die zivilrechtliche Haftung bei Menschenrechtsverletzungen. Denn wir wissen, dass Freiwilligkeit allein nicht viel bringt. Zusätzlich werden ohne solche Vorgaben jene Unternehmen benachteiligt, die heute schon für nachhaltige Lieferketten sorgen.“ Ein weiterer Punkt, warum Johanna Kusch Drückeberger in die Verantwortung nehmen will.

cw

kusch@germanwatch.org

Nachhaltige Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)



Computer am Arbeitsplatz

Mindestens sechs Jahre sollten alle Arbeitsplatzcomputer in der Bundesverwaltung genutzt werden, fordert die Analyse „Ökologische und ökonomische Aspekte beim Vergleich von Arbeitsplatzcomputern für den Einsatz in Behörden unter Einbeziehung des Nutzerverhaltens“ für das Umweltbundesamt. Gemeinsam mit der Technischen Universität Berlin haben die Experten des Öko-Instituts darin einen 6-Punkte-Plan entwickelt, der eine nachhaltige Nutzung von Informationstechnologien in Behörden fördern soll. „Werden die Geräte länger genutzt, entlastet das Klima und Ressourcen – und es ist auch aus Kostengesichtspunkten wirtschaftlicher“, sagt Siddharth Prakash, Senior Researcher am Öko-Institut. In ihrem 6-Punkte-Plan empfehlen die Experten unter anderem, auf hohe Qualität und Haltbarkeit der Arbeitsplatzcomputer zu achten sowie gebrauchte und wiederaufbereitete Geräte zu beschaffen. „Notebooks sollten zudem nur dort genutzt werden, wo wirklich mobil gearbeitet werden muss, auf stationären Arbeitsplätzen sollten Mini-PCs stehen“, so Prakash.

Produkte und Dienstleistungen bewerten

Das von der Global e-Sustainability Initiative (GeSI), einer Unternehmensinitiative für Nachhaltigkeit im Bereich IKT, ins Leben gerufene Projekt „Sustainability Assessment Framework“ (SASF) versetzt IKT-Unternehmen in die Lage, die Nachhaltigkeit ihrer Produkte und Dienstleistungen zu analysieren. „Wir haben ein Bewertungsraster entwickelt, mit dem global operierende IKT-Unternehmen die Nachhaltigkeit ihres Produktportfolios bewerten und kontinuierlich verbessern können“, erklärt Prakash. Das Öko-Institut hat die Systematik sowie die Struktur des SASF entwickelt, so etwa die Kriterien, die Indikatoren und ihre Gewichtung, der Projektpartner Stakeholder Reporting war für das Stakeholder-Management verantwortlich. „SASF bewertet nicht nur klassische Hardwareprodukte wie Smartphones, sondern auch komplexe IKT-Dienste wie Triple-Play-Services, die aus Hardware, Rechenzentren und Telekommunikationsnetzwerken zusammengesetzt sind.“

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz schwarzes Schaf und Heilsbringer zugleich. Ihre Produktion, Nutzung und Entsorgung schadet der Umwelt zum Teil erheblich – so etwa mit Blick auf ihren Stromverbrauch oder die darin eingesetzten Ressourcen. Andererseits können IKT-Anwendungen wie etwa die intelligente Steuerung der Stromnetze Emissionen einsparen.

Drei aktuelle Projekte des Öko-Instituts haben sich dem Thema Nachhaltigkeit bei IKT gewidmet.

Die besten Umweltschutzpraktiken

Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit hat das Öko-Institut im Projekt „Best Environmental Management Practice im Elektro- und Elektroniksektor“ analysiert. „Für das Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission haben wir technologische, ökologische und ökonomische Informationen über die besten Umweltschutzpraktiken von IKT-Produzenten zusammengestellt“, sagt Martin Möller, stellvertretender Leiter des Institutsbereichs Produkte & Stoffströme, „dies dient als Grundlage für die Erstellung eines so genannten Sectoral Reference Document für den IKT-Sektor, das Unternehmen dabei helfen soll, die eigene Umweltbilanz zu verbessern.“ Insgesamt 21 vorbildhafte Umweltschutztechniken und Managementinstrumente stellen die Wissenschaftler in ihrem Hintergrundbericht vor, darunter effiziente Kühltechnik, die Vermeidung gefährlicher Stoffe und die Wiederaufbereitung gebrauchter Produkte. „Diese Ansätze werden in innovativen Unternehmen bereits angewandt und haben sich als wirtschaftlich sowie technisch umsetzbar erwiesen“, so Möller. Bis Mitte 2017 soll das Sectoral Reference Document vorliegen und einen Beitrag für mehr Nachhaltigkeit im IKT-Sektor leisten. cw

Renewability III

Streng genommen hat der Verkehrssektor noch nichts zum Klimaschutz beigetragen – in den vergangenen Jahren sind seine Treibhausgasemissionen sogar wieder angestiegen. Wie sich das ändern lässt, zeigt das Projekt Renewability: „Wir analysieren, wie sich unterschiedliche Maßnahmenbündel und Szenarien auf den Klimaschutzbeitrag des Verkehrs auswirken, und betrachten auch die ökonomischen Konsequenzen“, so Ruth Blanck, Wissenschaftlerin am Öko-Institut. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums betrachteten die Experten gemeinsam mit dem Institut für Verkehrsforschung im DLR, INFRAS und dem ifeu-Institut für Renewability III nur Szenarien, durch die der Verkehr bis 2050 vollständig dekarbonisiert wird. „Die notwendige Energie muss dann aus erneuerbarem Strom und nachhaltigen erneuerbaren Kraftstoffen, also strombasierten Kraftstoffen oder Biokraftstoffen, stammen.“

Renewability III zeigt: Eine vollständige Dekarbonisierung des Verkehrssektors ist machbar. „Zentral ist, dass die Effizienz maximal gesteigert wird und das Verkehrssystem insgesamt nachhaltiger wird. Dort, wo es möglich ist, muss Strom direkt genutzt werden“, sagt Ruth Blanck, „strombasierte Kraftstoffe sollten nur dort eingesetzt werden, wo es keine andere Möglichkeit gibt.“ Wenn man einfach alle fossilen Kraftstoffe durch strombasierte Kraftstoffe ersetze, führe das zu negativen volkswirtschaftlichen Effekten. Eine sehr wichtige Rolle spielen die Kommunen bei der Förderung des Fuß- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs – Maßnahmen, die die Lebensqualität in Städten erheblich verbessern können. „Weitere zentrale Maßnahmen sind Effizienzsteigerungen bei den Fahrzeugen und höhere Kosten für den motorisierten Individualverkehr“, erklärt Blanck. Volkswirtschaftlich könne sich die vollständi-

ge Dekarbonisierung durchaus lohnen, vor allem wenn man die Reduktion externer Kosten berücksichtigt, die etwa im Gesundheitssektor durch Luftschadstoffe entstehen. „Eine wesentliche Voraussetzung ist aber, dass Deutschland bei den neuen Technologien wie etwa Elektrofahrzeugen auf dem globalen Markt eine zentrale Rolle spielt statt wie bisher weiter auf den Verbrennungsmotor zu setzen.“ cw



Überprüft und bestätigt: Aktualisierte Studie für die Stadtwerke München

Die Erdgaspreise steigen weniger stark, die Kosten für CO₂-Emissionszertifikate hingegen verteuern sich. Beide Entwicklungen haben Einfluss auf das Heizkraftwerk München Nord: Der Ausstieg aus der Kohleverbrennung in Block 2 könnte unter aktuellen Annahmen für die Stadtwerke München (SWM) inzwischen geringere finanzielle Einbußen bedeuten als ein gemeinsames Gutachten der SWM mit dem Öko-Institut 2015 ermittelt hatte. „Wir haben bereits im vergangenen Jahr analysiert, wie sich eine Stilllegung ökonomisch und ökologisch auswirken würde“, sagt Christof Timpe, Leiter des Institutsbereichs Energie & Klimaschutz in Darmstadt und Freiburg, „zusammen mit den Stadtwerken München haben wir diese Untersuchung nun mit Blick auf die aktuellen Rahmenbedingungen des Energiemarktes aktualisiert.“ Das Update der „Untersuchung unterschiedlicher

Szenarien zum Ausstieg aus der Kohleverbrennung im HKW Nord“ bestätigt im Grundsatz die Ergebnisse der ersten Untersuchung.

Eine vorzeitige Stilllegung des Kohleblocks kann demnach zu einer spürbaren Reduzierung der CO₂-Emissionen führen. Für die SWM wäre der Ausstieg aus der Kohleverstromung mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden. Die betriebswirtschaftlichen Nachteile für die SWM könnten jedoch kleiner sein als bislang angenommen.

Ein Ausstieg aus der Kohleverbrennung im Heizkraftwerk Nord 2 könnte bei einem Betriebsende im Jahr 2020 eine Emissionsreduktion von 8,2 bis 10,6 Millionen Tonnen CO₂ ermöglichen, bei einem Ausstieg im Jahr 2025 wären es immerhin noch 5,3 bis 7,5 Millionen Tonnen CO₂, die in München eingespart

würden. Die Berechnungen erfassen den Zeitraum bis zur bisher geplanten Stilllegung des Kraftwerks im Jahr 2035. In wieweit diese Minderungen tatsächlich eintreten, hängt von der weiteren Reformierung des EU-weiten Emissionshandelssystems ab.

Mit Blick auf die Finanzen zeigt sich eine deutliche Veränderung zur Vorjahresanalyse: „Wird Block 2 im Jahr 2020 stillgelegt, entsteht den SWM voraussichtlich ein finanzieller Schaden von 150 bis 310 Millionen Euro bis 2035, bei einem Ausstieg 2025 sind es noch 78 bis 160 Millionen Euro.“ Das ist etwa die Hälfte weniger als 2015 errechnet. Der Grund hierfür: „Durch niedrigere Erdgaspreise und höhere Emissionskosten wird der Betrieb des Kohlekraftwerks zukünftig weniger attraktiv.“ cw

Eine richtige Mahlzeit

Vegetarisches Essen in Kantinen

Eine Mahlzeit ohne Fleisch ist keine richtige Mahlzeit. Von diesem Credo gesteuert, gingen in deutschen Kantinen schon viele Schnitzel über den Tresen. Kartoffeln, Karotten, Blumenkohl? Schnöde Beilagen. Und Vegetarier? Waren die, die sich nur davon ernährten.

Fleisch oder kein Fleisch? Eine Frage, die polarisieren kann. Bei jenen, die sich das Schnitzel nicht verbieten lassen wollen, ebenso bei jenen, die den vollkommenen Verzicht einfordern. Ich finde: Es braucht einen Mittelweg. Es muss darum gehen, weniger Fleisch und zunehmend Fleisch aus nachhaltiger Produktion zu essen. Aus umweltbezogenen und gesundheitlichen Gründen, aber auch mit Blick auf die Welternährung. Denn fleischloses Essen braucht pro erzeugter Kalorie deutlich weniger Fläche.

Wie der Verbraucher davon überzeugt werden kann, öfters die fleischlose Alternative zu wählen, ist bisher wenig erforscht. Im Rahmen des Forschungsvorhabens Trafo 3.0, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, untersucht das Öko-Institut mit mehreren Praxispartnern, wie unsere Produktionsprozesse und Konsummuster grundlegend umgestaltet werden können, um die dringenden Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Dies soll Anstöße für die Praxis geben und Umsetzungsmöglichkeiten zeigen. Einen detaillierten Blick werfen wir in diesem Zusammenhang auch auf Fleischproduktion und -konsum.

Welche Hemmnisse und Herausforderungen es im Rahmen einer Verringerung des Fleischkonsums geben kann, lässt sich unter anderem in Kantinen herausfinden. Wie sieht es heute aus in der Gemeinschaftsverpflegung von Schulen, Universitäten oder Krankenhäusern? Welche Maßnahmen lassen sich einsetzen für eine Erhöhung des Anteils von Kartoffel, Karotte & Co.? Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir im Rahmen von Trafo 3.0 zunächst mit unterschiedlichen Akteuren aus der Gemeinschaftsgastronomie gesprochen. Die Ergebnisse dieser Interviews flossen in einen Praxisworkshop mit Küchenleitern und Entscheidern ein, bei dem im Juni 2016 intensiv über He-

rausforderungen und Lösungsansätze gesprochen wurde. Neben der Organisation der Küchenabläufe sowie der Kommunikation mit den Kunden wurden dabei vor allem zwei zentrale Herausforderungen identifiziert: Wie können wir fleischarme und vegetarische Menüs so gestalten, dass sie als vollwertige Mahlzeiten akzeptiert werden? Und: Welches Wissen bzw. welche Ausbildung brauchen Küchenleiter und Küchenpersonal, um dieser Aufgabe gerecht zu werden? Lösungen sahen die Teilnehmer mit Blick auf die Menügestaltung zum einen in einer Rezeptdatenbank. Diese sollte die beliebtesten Gerichte ebenso enthalten wie Bewertungsmöglichkeiten für die angebotenen Mahlzeiten. Auch die Gäste können dabei helfen, das Angebot zu verbessern – so etwa durch Befragungen. Ein Schwerpunkt wurde beim Blick auf Lösungsansätze vor allem auf die Aus- und Weiterbildung der Köche gelegt. Angedacht wurden attraktive Fortbildungsangebote und Schulungen für die Mitarbeiter ebenso wie die Anpassung der Lehrinhalte in Berufsschulen und Ausbildungsstätten. Darüber hinaus hielten die Teilnehmer auch die Einrichtung eines Runden Tisches für das Personal von Kantinen für sinnvoll, durch den Küchenleitung und -personal in eine neue, fleischärmere Gestaltung der Mahlzeiten integriert werden.

Ich bin davon überzeugt: Für sehr viele Deutsche ist heute auch eine Mahlzeit ohne Fleisch eine richtige Mahlzeit – wenn sie schmeckt. Der Anteil der Vegetarier steigt. Ebenso die Zahl der Flexitarier, also jener Konsumenten, die durchaus Fleisch essen, aber auch mit einer vegetarischen Mahlzeit zufrieden sind. Laut Marktforschungsagentur Mintel wurden 2015 in keinem europäischen Land mehr vegane Produkte eingeführt als in der Bundesrepublik. Fleischlose Kochbücher verkaufen sich hervorragend. Die Optimierung des Angebots von Kantinen und die Anpassung der Aus- und Weiterbildung von Köchen ist vor diesem Hintergrund nur ein sinnvoller, weiterer Schritt.

Jenny Teufel
j.teufel@oeko.de



Die Biologin Dr. Jenny Teufel befasst sich am Öko-Institut vor allem mit nachhaltiger Lebensmittelproduktion und nachhaltigen Ernährungsangeboten. Im Bereich Produkte & Stoffströme analysiert und bewertet sie unter anderem die Nachhaltigkeit von Lebensmitteln entlang ihres gesamten Lebensweges und berät Ministerien, Behörden und Unternehmen hinsichtlich einer nachhaltigeren Gestaltung des Lieferkettenmanagements bzw. hinsichtlich Maßnahmen und Instrumenten zur Förderung von nachhaltigem Konsumverhalten.

25 Jahre Berliner Büro!

Ein Jahr vor dem 40-jährigen Bestehen des Öko-Instituts wird das Berliner Büro des Instituts 25 Jahre alt. Gegründet 1991 mit Dr. Felix Chr. Matthes als erstem Mitarbeiter, lag der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit zunächst auf energie- und klimapolitischen Fragestellungen. Im Laufe der Jahre kamen Arbeiten rund um Nachhaltigkeit in Mobilität, Konsum und Abfallwirtschaft sowie die Beratung für Unternehmen hinzu. Heute arbeiten rund 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort an der Spree. Auf das „kleine Jubiläum“ haben wir im Anschluss an unsere Jahrestagung „Rohstoffwende Deutschland 2049“ am 1. Dezember 2016 in Berlin angestoßen.

Ein doppelter Relaunch

Die Website www.oeko.de erstrahlt in neuem Glanz. Die Seite wurde optisch überarbeitet und an heutige Nutzungsgewohnheiten angepasst. Sie ermöglicht nun einen schnelleren Einstieg in die Forschungsthemen und die laufende wissenschaftliche Arbeit. Auch die Datenbanken für Publikationen und Projekte sind jetzt besser durchsuchbar etwa für Bibliotheken oder andere Websuchsysteme. Nicht zuletzt ist die eco@work ab sofort als echtes Online-Magazin in die Seitenstruktur eingebunden. Es gibt wie im Heft Bilder und man kann bequem durch das Onlineangebot blättern. Schauen Sie doch einmal rein: www.oeko.de/e-paper



Zuhause Top, im Ausland Flop?

Spendenprojekt „Umweltschutz wahrt Menschenrechte“

In Deutschland müssen Unternehmen strenge rechtliche Vorgaben erfüllen, um Umwelt und Menschenrechte zu schützen. Doch wie sieht die Praxis deutscher Unternehmen im Ausland aus? Dort, wo weniger strenge Gesetze gelten oder Straftaten unzureichend verfolgt werden? Eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen haben ihre Ursache in Schäden an der Umwelt – etwa wenn Quecksilber aus dem Bergbau das Trinkwasser vergiftet. Das Öko-Institut will in seinem neuen Spendenprojekt Anforderungen für einen besseren Schutz von Umwelt und Menschenrechten formulieren. Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung! In drei Fallstudien untersuchen wir die Vorwürfe an deutsche Unternehmen, sie seien als Käufer, Lieferanten oder Entsorger Mitverursacher von Umweltschäden, die die Menschenrechte von Arbeitern und Anwohnern verletzen. Wir betrachten dafür den Kupferbergbau in Peru, die Abwrackung von Schiffen in Bangladesch und den Vertrieb von in Deutschland nicht zugelassenen Pestiziden und Herbiziden in Ländern des globalen Südens. **Nehmen Sie die Unternehmen mit uns in die Pflicht – spenden Sie für Umweltschutz und Menschenrechte!**

www.oeko.de/spendenprojekt2016



Geht das eigentlich ... großflächig Müll aus dem Meer zu fischen?

Im Prinzip funktioniert das schon, doch löst es nicht das Müllproblem der Meere. Ein bekanntes Projekt ist „The Ocean Cleanup“, bei dem Müll aufgefangen werden soll, der an der Oberfläche treibt. Doch lässt sich das bei den schwierigen Bedingungen auf dem offenen Meer tatsächlich erfolgreich umsetzen? Auch die Idee, den Fischern die Abfälle abzunehmen, die sie mit ihren Netzen aufnehmen („Fishing for Littering“), erbringt nur geringe Mengen. Und andererseits müssen Schiffe Gebühren zahlen, wenn sie Abfälle im Hafen abgeben wollen. Dies

führt dazu, dass viele Kapitäne aus Kostengründen Müll auf hoher See entsorgen.

Was könnte stattdessen getan werden? Ein erster Schritt wäre, die Entsorgungskosten von Müll in die Hafengebühren mitaufzunehmen. Noch besser wäre es, für die Abgabe von Kunststoffabfällen einen gewissen Betrag zu zahlen, so dass es für die Schiffsmannschaften attraktiv wird, diese tatsächlich in die Häfen zu bringen. Doch leider gibt es beim Problem „Plastik im Meer“ keine einfache Lösung – es sind viele unterschiedliche Ansätze erforderlich. Der Wichtigste ist, von Anfang an weniger Müll zu produzieren. Deshalb sollte die Produktverantwortung der Hersteller

auch auf Verpackungen ausgedehnt werden. Über eine Rücknahmepflicht oder Pfandsysteme könnten Kunststoffe eingesammelt werden, die damit weniger in die Umwelt gelangen. Auch die Einführung von vollständig abbaubaren Kunststoffen wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Jürgen Sutter



*Jürgen Sutter ist Wissenschaftler im
Institutsbereich Ressourcen & Mobilität.
j.sutter@oeko.de*

Lärm

Auswirkungen und Schutz

Wie ruhig wirst du schlafen, wenn der Urlaubsflieger früh am Morgen über deinem Wohnort in den Himmel steigt? Wie gut kannst du arbeiten, wenn vor der Tür ein Laubbläser röhrt? Wie konzentriert lernt mein Kind, wenn alle zehn Minuten ein Zug am Haus vorbeifährt? Unsere Gesellschaft produziert an vielen unterschiedlichen Orten Lärm, mit Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit, die Gesundheit, die Lebensqualität. Das Öko-Institut befasst sich intensiv mit dem Thema Lärm – mit den Auswirkungen von Verkehrslärm auf unsere Gesundheit ebenso wie mit den unterschiedlichen Möglichkeiten, Menschen vor Fluglärm zu schützen. Diesen und weiteren Themen widmen wir uns in der kommenden Ausgabe der *eco@work*, die im März 2017 erscheint.